

Parteifreunde fordern Pentz' Rücktritt

CDU-Glückwünsche an Wissler umstritten

WIESBADEN Als sich die Linken am Wochenende zum bundesweiten digitalen Parteitag trafen, gab es offenbar auch erheitende Momente. Inmitten der Reden um Entzerrungen und höhere Steuern sorgte eine Glückwunschkarte des Generalsekretärs der hessischen CDU, Manfred Pentz, für Staunen und Freude. Die Gratulation der hessischen Union zur Wahl der neuen Ko-Bundesvorsitzenden Janine Wissler, die seit vielen Jahren die Linksfraktion im Hessischen Landtag führt, soll während der digitalen Parteiversammlung zu einer regelrechten Kettenmail geworden sein. Wissler selbst hatte der F.A.Z. mitgeteilt, sie sei „positiv überrascht“ gewesen von der unerwarteten Gratulation der Christdemokraten.

Vor allem in konservativen Teilen der CDU löst die Gratulation jedoch ganz andere Reaktionen aus, weswegen sie von der Homepage der Hessen-CDU schnell wieder gelöscht wurde. Pentz hatte geschrieben: „Ich gratuliere Janine Wissler zu ihrer Wahl zur Bundesvorsitzenden der Linken. Mit ihr hat die Partei eine geschliffene Rednerin und charismatische Persönlichkeit an die Doppelspitze gewählt. Sie hat sich als engagierte Oppositionspolitikerin im Hessischen Landtag einen beachtlichen Ruf erarbeitet, der sie nun auf die Bundesebene führt. Auch wenn wir als CDU mit Janine Wissler als bekennender Kommunistin und Trotzistin, die die freiheitliche-demokratische Grundordnung Deutschlands in Frage stellt, inhaltlich nicht weiter auseinanderliegen könnten, beglückwünschen wir sie zu dieser Wahl. Sie wird auch in Berlin ihren Weg gehen.“

Nun hagelt es Kritik, was auch daran liegt, dass Wissler viele Jahre im trotzkistischen Netzwerk „Marx21“, das vom Verfassungsschutz beobachtet wird, Mitglied war und die Mitgliedschaft erst vor ihrer Kandidatur beendet hatte. Der Vorsitzende der konservativen Werte-Union, Alexander Mitsch, forderte Pentz per Twitter zum Rücktritt auf, und Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) fragte: „Warum hat denn nun die CDU in Hessen ihre eigene Pressemitteilung gelöscht?“

Auf Facebook wunderten sich am Montag nicht wenige Kommentatoren, was aus der einst konservativen CDU Roland Kochs geworden sei. „Man gratuliert niemandem, der die eigenen Parteifreunde als Nazis und Rassisten verleumdet“, sagte der rechtskonservative CDU-Abgeordnete Hans-Jürgen Irmer der Zeitung „Junge Freiheit“.

Offenbar versuchen einige CDU-Mitglieder und Anhänger des bei der Wahl des Bundesvorsitzenden unterlegenen Kandidaten Friedrich Merz, alte Rechnungen zu begleichen. Im Rahmen der Wahl im Januar hatte Pentz die Merz-Fans als „Dschihadisten“ bezeichnet und sich später dafür entschuldigt. Die CDU hat am Montag auf die Kritik reagiert und versucht, die Wogen zu glätten. „Die hessische CDU könnte inhaltlich nicht weiter von der Linkspartei entfernt stehen. Wir haben und werden nie mit Linkspartei und AfD zusammenarbeiten“, heißt es in einer Stellungnahme. Man werde immer wieder klar benennen, dass Wissler eine „lupenreine Trotzistin und Kommunistin“ sei, die die „freiheitliche-demokratische Grundordnung Deutschlands gefährde“. Dennoch gebühre es die politische Etikette, dass man sich gegenseitig zu Wahlen gratuliere. **robm.**

Vereine verlieren viele Mitglieder

FRANKFURT Die Corona-Pandemie und der Lockdown bringen Hessens Sportvereine in die Bredouille. 2020 haben fast 58 Prozent der im Landesverband organisierten Clubs Mitglieder verloren. Laut Sportbundpräsident Rolf Müller haben den etwa 7600 Clubs etwa 69 000 Menschen den Rücken gekehrt. Insgesamt sind laut Müller noch 2,066 Millionen Personen Mitglied in einem Sportverein.

„Das jahrelange Mitgliederwachstum des organisierten Sports in Hessen wurde durch die Pandemie gestoppt“, sagte Müller am Montag. Er befürchte, dass sich die Situation bis Ende 2021 weiter verschärfen werde. Als besorgniserregend sehe er, dass 63 Prozent der Abgänge Kinder und Jugendliche seien. Bei Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren sei ein Minus von 17 Prozent zu erkennen. Die Vorsitzende der Sportjugend Hessen, Juliane Kuhlmann, warnte in diesem Zusammenhang vor einer „verlorenen Generation“. Die Zahlen sind zwar noch vorläufig, doch werden nur noch geringe statistische Änderungen erwartet. **robm.**



Überrascht von der Nachfrage: Annette Plachetka, zweite Vorsitzende der Werbegemeinschaft Mainz, in ihrem Geschäft „Schuh Passion“

Fotos Samira Schulz

Schritt für Schritt zum Schuh

MAINZ Kaum dürfen die Läden für einzelne Kunden mit Termin wieder öffnen, klingt der „Sound der Stadt“ schon besser. Doch von Normalität ist man noch weit entfernt.

Von Markus Schug

Isabella ist ungeduldig. Am liebsten würde sie gleich loslaufen. Doch noch stecken die Füße des 15 Monate alten Mädchens, das etwas unsicher seine ersten Schritte auf der Straße macht, in geliehenen Schuhen der Cousine. Das soll sich bald ändern. Ihr Vater ist froh, schon für den 2. März einen Termin in einem Mainzer Fachgeschäft ergattert zu haben, um das Kind mit eigenen Lauferschuhen auszustatten. So etwas könne man schlecht im Internet kaufen, sagt er: „Der erste Schuh muss passen!“

Nicht nur für ihn und seine Tochter ist es erfreulich, dass Kunden in rheinland-pfälzischen Geschäften seit Wochenbeginn wieder im Laden bedient und beraten werden dürfen, wenn sie dafür einen festen Einzeltermin ausgemacht haben. Die „Termin-Shopping“ genannte Neuregelung und das schöne Vorfrühlingswetter haben in Verbindung mit der lange erwarteten Wiedereröffnung der Friseursalons am Montagvormittag tatsächlich etliche Kunden in die Innenstadt gelockt. Geduldig standen Maskenträger vielerorts vor den Eingangstüren – vor allem jene, die einen Haarschnitt wollten.

Schon auf dem Weg zur Arbeit habe die Innenstadt diesmal anders geklungen, erzählt Jolanta Jonietz Rebouta von Vogart Optik Design. Das Brillengeschäft an der Römerpassage hatte als Vertreter des Gesundheitshandwerks zwar auch im Lockdown geöffnet. Maximal zwei Kunden durften jeweils eingelassen werden. Doch habe die ganze Zeit etwas gefehlt: das typische Mainzer Stadtgefühl. Dementsprechend hätten im Winter deutlich weniger Brillenträger bei ihnen vorbeigeschaut.

Solange große Kundenmagneten wie Galerie Kaufhof noch zu respektive auf Online- und Abholservice umgestellt haben, hält sich bei deren Nachbarn, wie dem Blumenladen am Seitengang, die Sorge, ob und wann das eigene Geschäft wieder in Schwung kommt. Dass man bis Ostern offen halten könne, will die Verkäuferin nicht versprechen: „Wir



Hofft auf mehr Laufkundchaft: Jolanta Jonietz Rebouta im Optikerladen

sind hier mitten in der Stadt und abhängig davon, dass auch andere Geschäfte wieder aufmachen.“

Mancherorts, etwa an der Augustinerstraße, scheint der Kaltstart am Montag auf Anhieb gelungen zu sein. Weil es ebendort viele inhabergeführte Geschäfte wie „Schuh Passion“ von Annette Plachetka gibt. Sie sei auch in den vergangenen Wochen fast täglich in ihrem Laden gegenüber der Seminarkirche gewesen,

um den Internetauftritt zu verbessern, dafür Waren zu fotografieren und den Wechsel von der Herbst- zur Frühjahrskollektion vorzubereiten, sagt die Chefin. Ein bisschen überrascht sei sie nun von der starken Nachfrage nach Einzelterminen. Allerdings habe sie auch viele Stammkunden aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet. Und viele von ihnen wollten offensichtlich mal wieder richtig einkaufen gehen und sich beraten lassen.

Als zweite Vorsitzende der Werbegemeinschaft Mainz hat sie sich bei Kollegen umgehört. Selbst große Häuser wie Sinn oder Peek & Cloppenburg wollten ihre Häuser baldmöglichst öffnen; zur Not selbst für einen sehr stark begrenzten Kundenkreis. Dies sei ein wichtiges Signal dafür, dass der Einzelhandel unter den aktuellen Pandemiebedingungen verantwortungsvoll zu handeln verstehe.

Von Umsatzrückgängen zwischen 20 und 40 Prozent weiß Plachetka zu berichten. Hinweise auf ein großes Ladensterben in der Innenstadt habe sie aber nicht. Das sei nicht zuletzt der finanziellen Unterstützung durch den Bund zu verdanken. Um auf die Beine zu kommen, brauche der Einzelhandel aber noch weitere Hilfen. Sobald die Neuinfektions- und Impfquoten dies zuließen, könnte es Plachetka zufolge in Mainz zum Beispiel einmal im Monat einen verkaufsoffenen Sonntag geben.

Rund 50 000 Euro hat die Kommune laut Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) und Wirtschaftsdezernentin Manuela Matz (CDU) zur Seite gelegt, um bei nächster Gelegenheit in der Region wieder für den Besuch der Einkaufsstadt Mainz zu werben. Wann genau das möglich sein wird, ist allerdings noch ungewiss; ebenso wie die nähere Zukunft von Rüstern, Clubbesitzern und Schaustellern, die Wiedereröffnung von Freibädern, Flohmärkten, Museen und nicht zuletzt der Außengastronomie.

Die im ersten Corona-Jahr gemachten Erfahrungen dürften in vielen Fällen helfen, diesmal mit sicheren und funktionierenden Konzepten an den Start zu gehen, sagt Matz. Das für Mittwoch anberaumte Bund-Länder-Gespräch müsse Klarheit und Perspektiven bringen. Darüber hinaus geht die Wirtschaftsdezernentin davon aus, dass es die von vielen Menschen ersehnten Erleichterungen – falls sich die Lage wegen der Virusmutanten nicht gar noch einmal verschlechtere – erst Anfang April geben werde; also zu Ostern.



Zur rechten Zeit

Von Markus Schug

Es geht nur langsam voran, aber immerhin. Die Entscheidung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, vom 1. März an wenigstens stark reglementiertes „Termin-Shopping“ in den Geschäften zu erlauben, passt zum meteorologischen Frühlinganfang. Denn sie macht Hoffnung und hat gleich am ersten Tag dazu geführt, dass die Mainzer Innenstadt ein bisschen aufgeblüht ist. Was also spricht dagegen, wenn einzelne Kunden – notfalls gar zwischen Tür und Angel – ein paar Schuhe anprobieren. Mit Rücksichtnahme und Maske kann man das durchaus organisieren. Selbst wenn es dem Ladeninhaber viel zusätzliche Arbeit bereitet, etwa bei der Terminvergabe, dem Lüften und Desinfizieren.

So ist es ein Fingerzeig zur rechten Zeit. Denn man kann die Gesellschaft auch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag im Lockdown lassen, sondern muss Formen finden, um eine gewisse Normalität herzustellen. Deutschland ist nicht so leicht abzuschotten wie etwa Neuseeland, und die Zero-Covid-Strategie mit einem Inzidenzwert von null erscheint deshalb ziemlich unrealistisch. Statt der bis dato bevorzugten Verbote, die von genervten Polizisten und Ordnungskräften an jedem schönen Wochenende aufs Neue durchgesetzt werden müssen, sollte künftig stärker auf Eigenverantwortlichkeit und soziale Kontrolle gesetzt werden.

Bei einem Inzidenzwert von aktuell unter 30 braucht es in der Mainzer City eigentlich keine generelle Maskenpflicht mehr. Was nicht bedeutet, dass die Bürger in jenen Situationen, die danach verlangen, nicht selbst die ohnehin stets mitgeführte Mund-Nasen-Bedeckung aufsetzen – etwa, wenn ihnen an einem Sonntagmorgen ein Gedränge am Rheinufer doch zu viel wird.

Die meisten haben ohnehin längst begriffen, wie man sich verhalten soll. Sie warten nurmehr darauf, dass die Politik mit der Impfstofferteilung hinterherkommt. Und jenen, die sich noch zum verbotenen Pokerspiel in großer Runde treffen, wird man weder mit Argumenten noch mit Verordnungen beikommen. Alle anderen freuen sich darauf, im Frühjahr wenigstens im kleinen Kreis und mit Abstand einmal wieder draußen zu sitzen, sich zu unterhalten und eventuell auch eine beim „Termin-Shopping“ erworbene Neuanschaffung vorzuführen.

SPD für mehr Wechselunterricht

WIESBADEN Die SPD-Fraktion im Landtag will den Wechselunterricht an Hessens Schulen ausdehnen. Der Bildungsexperte Christoph Degen sprach sich am Montag dafür aus, das Modell auch für Schüler der Klassen sieben bis elf anzuwenden. Es müsse mehr regelmäßigen Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen in der Schule geben. Sollte es das Corona-Infektionsgeschehen nötig machen, wäre nach Einschätzung des Sozialdemokraten auch ein Unterricht in der Schule an nur ein bis zwei Tagen pro Woche denkbar.

Die Landesregierung hat seit einer Woche die Rückkehr in den Unterricht für Schüler der Klassen eins bis sechs im Wechselunterricht ermöglicht. Rund 360 000 Schüler können das Angebot nutzen. Das Kultusministerium spricht bislang von einem weitgehend reibungslosen Verlauf.

Im Modell des Wechselunterrichts werden die Klassen aufgeteilt: Eine Hälfte wird in der Schule unterrichtet, die andere Hälfte lernt zu Hause. Die Gruppen können tage- oder wochenweise tauschen. Welches Modell konkret praktiziert wird, entscheiden die Schulen selbst. Damit können die Kontakte reduziert und Corona-Abstände besser eingehalten werden.

Die Landesregierung hatte im Dezember die Präsenzpflicht für diese Jahrgangsstufen ausgesetzt. Von Klasse sieben an gilt in Hessen mit Ausnahme der Abschlussklassen Distanzunterricht. Laut dem von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) präsentierten vierstufigen Perspektivplan ist nach den Osterferien der Präsenzunterricht der Klassen eins bis sechs sowie Wechselunterricht der Klassen sieben bis elf als Möglichkeit vorgesehen. **lhe.**

Hochtaunusstift schließt am Monatsende

NEU-ANSPACH Kein Neubau: Bewohner und Mitarbeiter müssen das Haus verlassen

Alle 45 Bewohner der Seniorenwohnanlage Hochtaunusstift müssen das Haus bis Ende des Monats verlassen. Die 50 Mitarbeiter verlieren ihren Job. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) stellt den Betrieb zum 31. März ein, nachdem die Eigentümerin, eine österreichische Immobiliengesellschaft, dem Roten Kreuz die Duldung entzogen hat. Der DRK-Kreisverband Hochtaunus hatte Ende Dezember 2019 kurzfristig die Versorgung und Betreuung der alten Menschen übernommen, nachdem die Landesverbände der Pflegekassen den Versorgungsvertrag mit dem vorherigen Betreiber gekündigt hatten. Grund waren juristische Auseinandersetzungen um die Nutzung des Gebäudes.

Damit sind die Bewohner und ihre Angehörigen zum zweiten Mal in weniger als anderthalb Jahren gezwungen, einen neuen Platz zu suchen. Und diesmal wohl endgültig. Die Eigentümerin habe Fristen zur Behebung von baulichen Mängeln trotz mehrfacher Mahnung durch die Bauaufsicht des Kreises ignoriert, teilte DRK-Kreisgeschäftsführer Axel Bangert mit.

Dabei gehe es um die Ertüchtigung des Brandschutzes. Auch das Gesundheitsamt habe Nachbesserungen gefordert, für die eine letzte Frist am 31. März ablaufe.

Der geschäftsführende Vorstand des DRK-Kreisverbands fasste daraufhin den Beschluss, den Betrieb der Neu-Anspacher Seniorenwohnanlage einzustellen. Wegen der ungewissen Zukunft der Immobilie habe es von Anfang an nur eine Duldung und keinen Pachtvertrag mit der österreichischen Achat Immobilien gegeben, sagte der DRK-Geschäftsführer.

Die Muttergesellschaft von Achat, die in Wien ansässige Raiffeisen Bank International, machte auf Anfrage die Corona-Pandemie dafür verantwortlich, dass die Auflagen nicht hätten erfüllt werden können. Aus Haftungsgründen habe man die Duldung entziehen müssen. Der Verpflichtung, den Sanierungsstau zu beseitigen, sei der frühere Betreiber nicht nachgekommen. Von diesem habe man sich erst Ende 2019 auf Druck der Bauaufsicht lösen können. Daraufhin habe das DRK den Betrieb gewährleistet.

Das Rote Kreuz war daran interessiert, das Alten- und Pflegeheim dauerhaft zu übernehmen, wie Bangert und der DRK-Kreisverbandsvorsitzende, der Landtagsabgeordnete Jürgen Banzer (CDU), deutlich machten. In den Gesprächen mit Achat sei es um die Frage gegangen, ob das 50 Jahre alte Gebäude im Bestand saniert werden könne oder besser abgerissen werde. Ein vom DRK in Auftrag gegebenes Gutachten habe gezeigt, dass Sanierung und Neubau ähnlich teuer würden.

„Wir waren von Anfang an der Meinung, dass für uns nur ein moderner Neubau in Frage kommt“, äußert der stellvertretende Geschäftsführer Sebastian Fischer. Die für eine Altenpflegeeinrichtung ungeeigneten langen, dunklen Flure seien auch bei einer aufwendigen Sanierung nicht zu beseitigen gewesen.

Das Gebäude war als Apartmenthaus für Stewardessen und Flughafenpersonal geplant worden. 1977 öffnete es als Alten- und Pflegeheim für bis zu 200 Menschen. Die Preisvorstellungen zwischen Eigentümer und Rotem Kreuz hätten zu

weit auseinandergeliegen, sagte Banzer. Eigentlich sei der Standort Neu-Anspach für ein solches Haus ideal. „Wir werden die Augen offen halten und nach alternativen Standorten suchen.“ Man werde alles tun, um für die Bewohner in Abstimmung mit den Kostenträgern und der Heimaufsicht eine passende Lösung zu finden, sagte Bangert. Auch den teils langjährigen Mitarbeitern werde man bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz helfen.

Der Neu-Anspacher Bürgermeister Thomas Pauli (SPD) will sich nicht vorstellen, dass es in der 15 000-Einwohner-Stadt kein Alten- und Pflegeheim mehr geben soll. Der Bebauungsplan sehe am Standort des Hochtaunusstifts ein Sondergebiet für soziale Zwecke vor. „Da etwas anderes zu machen ist nicht so einfach.“

Die österreichische Raiffeisen Bank konnte zur Zukunft der Immobilie keine Auskunft geben, teilte aber mit: „Wir gehen davon aus, dass jegliche künftige Widmung durch die zuständigen Behörden wieder eine Nutzung als Pflegeanstalt vorgesehen wird.“ **bie.**